
Antrag auf Direktbeschluss Martin Christen, SP, Turgi, vom 29. März 2011 betreffend sofortige definitive Ausserbetriebnahme der Atomkraftwerke Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg

Text:

Der Grosse Rat des Kantons Aargau fordert sein ehemaliges Ratsmitglied Doris Leuthard, CVP, Merenschwand, die heutige Bundesrätin und Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr und Kommunikation (UVEK) auf, gestützt auf Art. 25 des Kernenergiegesetzes vom 21. März 2003 sofort vorsorglich die Atomkraftwerke Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg abzustellen, die Betriebsbewilligung zu entziehen und die Stilllegung gemäss KEG anzuordnen.

Für das von diesen Massnahmen betroffene Personal ist in Zusammenarbeit mit den Personalverbänden ein in jeder Beziehung grosszügiger Sozialplan auszuhandeln. Die Kosten für alle Stilllegungsarbeiten sind von den Betreiberfirmen zu tragen (KEG Art. 27 Abs. 2 lit. f).

Begründung

Als Folge der AKW-Katastrophe in Japan wird weltweit der Neubau von AKWs sistiert. In Deutschland sind in der vorletzten Woche 7 Alt-AKW's vorläufig – mit grosser Wahrscheinlichkeit aber endgültig – vom Netz genommen worden. Auch in der Schweiz ist – ausser im "Atomkanton" Aargau – einiges in Bewegung geraten:

- Der geplante Bau zweier neuer AKWs wird vermutlich nie realisiert werden.
- Die bestehenden AKWs sollen vom ENSI bis übermorgen in Form eines Sicherheits-Checks, der allerdings nicht EU-Niveau aufweist und dessen Ergebnis laut "Sonntag" vom 27.3.2011 bereits feststeht, auf ihre Sicherheit überprüft werden.
- Die SP, die Grünen, die GLP, die EVP und neuerdings auch die BDP (ohne Aargau) fordern den Ausstieg aus der Atomenergie.
- Zahlreiche bürgerliche nationale resp. ausserkantonale Politikerinnen und Politiker unterstützen öffentlich ein Ausstiegsszenario.
- 73,9 % der Bevölkerung lehnen den Bau neuer AKWs ab. (SonntagsZeitung, 20.3.2011)
- 77,0 % der Bevölkerung unterstützen einen mittelfristigen Atomausstieg. (SZ, 20.3.2011)
- 62,4 % der Bevölkerung wollen die Alt-AKW's Mühleberg, Beznau 1 und 2 sofort und definitiv, mindestens aber vorläufig vom Netz nehmen. (SZ, 20.3.2011)

Unsere Landesregierung hat die Ängste der Schweizer Bevölkerung ernst zu nehmen:

- Die Menschen in unserem Land wollen nie in die Lage geraten, aufgrund einer atomaren Bedrohungslage verstrahlt oder evakuiert zu werden oder gar die Heimat verlassen und als Flüchtlinge in ein weniger betroffenes Gebiet der Schweiz umsiedeln oder ins Ausland auswandern zu müssen.
- Sie wollen sicher sein, dass eine atomare Katastrophe ausgeschlossen werden kann.
- Sie wollen verhindern, dass Teile unseres Landes jemals wegen radioaktiver Verseuchung für Jahrhunderte oder Jahrtausende unbewohnbar werden.

Die drei rund vierzigjährigen Alt-AKW's, die nachgewiesenermassen verschiedene, teilweise gravierende Sicherheitsmängel aufweisen und die zum jetzigen Zeitpunkt weder genügend

erdbebensicher sind, noch über eine absolut sichere Notstromversorgung verfügen, können vom Netz genommen werden, ohne dass es zu Versorgungsengpässen kommen sollte. Die Landesregierung, insbesondere die Vorsteherin des zuständigen Departements, wird deshalb aufgefordert, ihre Verantwortung gegenüber der verunsicherten Schweizer Bevölkerung wahrzunehmen und als Sofortmassnahme die ältesten AKWs unverzüglich und definitiv vom Netz nehmen.

Mitunterzeichnet von 12 Ratsmitgliedern